Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 46. **Sonntag** den 26. Januar 1902. **96. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Ueber den bevorstehenden amerikanischen Aufenthalt des Prinzen Heinrich von Preußen treffen schon jetzt alltäglich Depeschen aus dem großen Lande jenseits des atlantischen Oceans ein. Man interessirt sich dort offenbar außerordentlich für den zugedachten Besuch und auch in Deutschland erregt der Reiseplan des Bruders des Kaisers große Aufmerksamkeit. Wir haben bereits an anderer Stelle mitgetheilt, daß der Verlauf der Fahrt im „Leipziger Tageblatt" ausführlich geschildert werden wird. Ein Mitglied des Hohenzollernhauses ist noch nicht in Amerika gewesen, unseres Wissens auch kein Zugehöriger einer anderen größeren deutschen Herrscherfamilie, wenigstens nicht in irgend welcher officiellen Eigenschaft. Prinz Heinrich aber reist als Vertreter des Kaisers und der deutsche Reichskanzler hat im Reichstage in einer ihm nahegelegten Bemerkung über unser Verhältniß zu Amerika der Fahrt Erwähnung gethan. Es sind von den großen noch aufstrebenden Staaten die jüngsten, die sich begrüßen werden, und zwei in den Werken des Friedens mit einander wetteifernden Länder. Zudem leben in Amerika Millionen Deutsche, die gute Bürger der Republik geworden sind, aber die alte Heimath nicht vergessen, deutsche Art nicht verlernt haben. Dies Alles verleiht der Reise des deutschen Prinzen ein besonders Interesse, ein größeres vielleicht, als die früher unternommenen Amerikafahrten des jetzigen Königs von England und eines russischen Großfürsten beanspruchen durften. Politische Bedeutung im eigentlichen Sinne wird man aber diesem Austausch von besonderen Aufmerksamkeiten wohl nicht beizumessen haben. Er zeigt, daß die Beziehungen zwischen der deutschen und der nordamerikanischen Regierung freundlich und die Bemühungen der „gelben" Presse, die beiden Völker zu verfeinden, nicht von großem Erfolg begleitet gewesen sind. Dies Verhältniß wird bestätigt, aber nicht verstärkt werden. Die Berührungspuncte wie die Gegensätze werden die alten bleiben und Uebelwollenden wird es wohl auch künftig gelingen, einen Theil der amerikanischen Nation mit Mißtrauen gegen angebliche politische Aufhetzungen Deutschlands auf südamerikanischem Gebiete zu erfüllen. Am allerwenigsten wird die Reise weltpolitische Constellationen ändern. Es ist ein Irrthum, zu glauben, daß die Prinzenreise als ein deutscher Schachzug gegen England auch nur gedacht gewesen wäre, und es ist ausgeschlossen, daß er es werden könnte. Außerordentliche Freundlichkeitsbeweise gegen fremde Staaten von der Art, wie der jetzt in Aussicht genommene, sind von deutscher Seite seit zehn Jahren häufig erwiesen worden, ohne daß politische oder sonstige praktische Folgen gezeitigt worden wären. Mit solchem Thun wird kein Reis gepflanzt, sondern nur eine abgeschnittene schöne Blume in die Vase gethan. Und das „welkt" nach unseren Erfahrungen regelmäßig „die Nacht darauf".

Der leise Tadel, der den Bundesregierungen im Reichstage wegen Nichtverabschiedung gewisser Initiativgesetzentwürfe ertheilt wurde, hat das Centrum ermuthigt, wegen der Ignorirung seines mit großer Mehrheit angenommenen Antrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes zu interpelliren. Die „Germania" that so, als ob die Partei vom Lande heraus zu dem Schritte gedrängt und aufgefordert worden wäre, „Rücksichtslosigkeit gegen Rücksichtslosigkeit" zu setzen. Man kann das Gegentheil nicht beweisen, aber Thatsache ist, daß der ungeheuren Mehrzahl der katholischen Laien die Rückberufung der Gesellschaft Jesu gleichgiltig ist und daß sie für sehr viele Kleriker unerwünscht wäre. In der katholischen Welt sieht man eben alle Tage aufs Neue bestätigt, was die landläufige flache Beobachtung nicht erkennt. Heinrich Heine war es, der die Lehre, zwar nicht aufgebracht, aber popularisirt hat, daß es unvernehm sei, die Jesuiten zu fürchten. Heine war ein kluger Mann, aber er hat doch nur Jesuiten-Geschichtchen im Auge gehabt, wie sein Freund Eugen Sue in dem Roman der „Ewige Jude" sie auftischt. Die Abwehr des Jesuitismus hat einen weltbistorischen Hintergrund und wenn es auch gewiß ist, daß die Aufrechthaltung des Verbotes, Niederlassungen zu gründen, seinen Geist nicht verbannt, so ist es ebenso richtig, daß die Beseitigung des — seiner Zeit vor Allem von freisinniger Seite geforderten — deutschen Jesuitengesetzes eine Kapitulation des Staates bedeuten und ein Pendant bilden würde zu dem unvergeßlichen, an den polnisch-ultramontanen Agitator Grafen Ledochowski gerichteten Worte: „Nicht wahr, Alles vergeben und vergessen?" Wir glauben nicht, daß die Bundesregierungen sich zu einem solchen Schritt entschließen könnten. Ein Theil von ihnen, und zwar die Regierungen großer Bundesstaaten, würde mit der Zustimmung zur Beseitigung des Reichsjesuitengesetzes sogar eine particularistische Gleichgiltigkeit gegen die culturelle Gesammtentwickelung des Reiches bekunden. In diesen Staaten ist der Jesuitenorden landesgesetzlich verboten und daran würde die Zurückziehung des Reichsgesetzes nichts ändern. Das gelte auch von Preußen. Auch dort, so steht zu hoffen, ist man von der „Versöhnungs"-Krankheit wenigstens so weit hergestellt, um wenigstens nicht auf diesem Gebiete einen neuen Fehlschlag zu thun. Was dem Deutschthum in den Ostmarken gerade noch fehlte, wären Jesuitenklöster und Jesuitenmissionen. Zu weiterer Nachgiebigkeit gegen dem Ultramontanismus braucht auch in Berlin gerade nicht die Thatsache zu verlocken, daß die klerikale Partei in Württemberg die einzige ist, die der Einführung der Einheitsmarke Schwierigkeiten bereiten möchte, und zwar, wie man zugegeben hat, nicht nur aus „etatsrechtlichen" Beweggründen. Das ist deutlich. Die regierende Partei nimmt, aber sie giebt nicht. Mißerfolge der Versöhnungspolitik sind aber mindestens nicht schlimmer als Scheinerfolge. Mit einem solchen scheint man es eben wieder zu thun zu haben. Wie gemeldet, hat der Kaiser vorgestern zu Hannover an einem Festmahle „der vormals königlich hannoverischen Officiere" theilgenommen, das zur Feier der Erinnerung an das vom Kaiser bewirkte Wiederaufleben gewisser alter Ueberlieferungen in hannoverischen Regimentern stattfand. Danach, so müßte man meinen, giebt es in größerer Anzahl vormals hannoverischer Officiere, die sich zu Preußen und dem Reiche bekennen. Nun aber erinnern wir uns, daß nach der Wiederverleihung jener alten Eigenthümlichkeiten zwar von ehemals hannoverischen Officieren dem Kaiser ein Geschenk verehrt wurde, daß aber unter den Theilnehmern an dieser Huldigung kein Mann gewesen ist, der irgendwie bedeutsam ein „vormals hannoverscher Officier" genannt werden konnte. Es waren durchweg Herren, die zwar in der ehemaligen hannoverischen Armee gedient hatten, aber nach 1866 in das preußische Heer übergetreten waren, also preußische Officiere. So wird wohl auch die vorgestrige Tafelrunde in Hannover zusammengesetzt gewesen sein. Daß preußische Officiere einen Gnadenact des deutschen Kaisers und Königs von Preußen nicht ohne Dank hinnahmen, verstand sich von selbst, aber das Welfenthum, das man versöhnen wollte, hat mit diesem Danke nichts zu thun, preußische Officiere brauchten nicht versöhnt zu werden. Es ist auch hier Alles beim Alten geblieben, was jedoch nur mit der Einschränkung gesagt werden darf, daß die Welfen sich durch das bezeigte Entgegenkommen in ihren Bestrebungen ermuthigt fühlten. Und das ist für Braunschweig nicht ohne Bedeutung.

Der Krieg in Südafrika.

Der Führer der liberalen Partei in England, Sir Henry Campbell-Bannermann, machte im Hause der Gemeinen darauf aufmerksam, daß der

Premier der Capcolonie, Sir Gordon Sprigg,

vor Kurzem in einer schwulstigen Rede seine Ernennung als eine Art von Obercommandirendem einer südafrikanischen Colonial-Armee von 25 000 Mann bekannt gab und dabei ausdrücklich hervorhob, daß er nach Pretoria gegangen sei und dort die Einwilligung des Lord Kitchener für das neue Arrangement erhalten habe. Schon vor Monaten, sagte der obercommandirende Premier, drängten wir Lord Kitchener, die bisher unter seinem Befehl fechtenden Colonial-Truppen in unsere Hände zu geben, weil wir dann nicht nur die Kosten für dieselben zu bestreiten haben würden, sondern auch viel effectvoller gewisse Bezirke unserer Capcolonie schützen und schirmen und vom Feinde säubern könnten.

Somit ist die Kriegführung in einem großen Theile der Colonie einfach aus den Händen des britischen Generalissimus genommen worden, und Sir Gordon Sprigg als Obercommandirender einer Armee von 18 000 Weißen und etwa 7000 bewaffneten Schwarzen will und wird jetzt auf eigene Faust die bösen Boeren und Caprebellen mit Krieg überziehen. Er hat auch bereits verschiedene höhere Officiere als Districtcommandeure mit den entsprechenden Truppen ins Feld gestellt, läßt Kriegsberichte über gefangene Empörer nach eigenem Gutdünken abhalten und verfügt sozusagen als selbstständiger Kriegsherr über das Wohl und Wehe eines großen Theiles der Colonie. Auf diese Weise wird das Capland rücksichtslos in einen Bürgerkrieg der schlimmsten Art, in alle Schrecken eines bitteren Rassenkampfes gestürzt, und nach den eigenen Worten des Herrn Premiers wird dieser Kampf nicht eher aufhören, als bis „der letzte Rebell getödtet oder gefangen, bis das letzte Gewehr, die letzte Patrone dem Feinde weggenommen worden ist".

Gleichzeitig macht der Premier des Capministeriums noch eine sehr interessante Aeußerung, indem er in derselben Rede constatirte, daß „von der weißen Bevölkerung unserer Colonie mindestens die Hälfte entweder thatsächlich gegen den König revoltirt hat oder doch wenigstens in positiver Sympathie mit der Rebellion steht". Dies ist das erste officielle Zugeständniß, daß der Aufstand im Caplande gegen die britische Herrschaft und zu Gunsten der Boeren wirklich erhebliche Fortschritte gemacht hat und noch täglich macht, und es hat fast den Anschein, als wenn Lord Kitchener im Einverständniß mit London nur zu gerne wenigstens vorläufig die Klärung der gefährlichen Lage in der Colonie dem Gouvernement in Capstadt selbst überläßt und sich dadurch die eigenen Hände in Etwas frei macht. Dieses neue Arrangement ist natürlich mehr wie geeignet, die holländische Bevölkerung des Caplandes der Rebellion und damit den Boeren in die Arme zu treiben; unter den Auspicien des Kriegsrechtes und des Belagerungszustandes wird von Capstadt aus ein wahres Schreckenregiment in den unruhigen Districten eingeführt, die Männer der britischen Rasse werden gegen ihre holländischen Mitbürger aufgehetzt, und mit Feuer und Schwert, mit Verwüstung und Concentration soll das grausame Vernichtungswerk vollendet werden, welches von Chamberlain und Milner inaugurirt und mit allen Mitteln gefördert wurde. Man kann daher heute sehr wohl verstehen, weshalb die telegraphische und briefliche Verbindung mit dem Caplande in so rigoroser Weise beschnitten oder ganz unmöglich gemacht wird und weshalb Niemand ohne Erlaubnißschein der militärischen Behörden in den Häfen landen kann.

Für die Capcolonie soll also der eigentliche Krieg jetzt erst beginnen, er wird zwischen der holländischen und englischen Rasse ausgefochten werden, während Lord Milner den Speculationen an der Londoner Börse durch seine kühnen Prophezeiungen von der glänzenden Zukunft Johannisburgs und des Witwatersrand-Districtes willkommen Vorschub leistet. Im Uebrigen war es Niemand anders, als der königliche Gouverneur der Capcolonie, Sir Walter Hely-Hutchison, der in einem schriftlichen Berichte vom 2. December den klaren Beweis erbringt, daß schon mehr als die Hälfte der ganzen Colonie für die Engländer verloren ist. Er führt u. A. da Folgendes aus: „Der Norden und Nordwesten abseits der Eisenbahn nach dem Oranjefluße ist mehr oder weniger thatsächlich vom Feinde occupirt. Die Städte und Dörfer werden allerdings fast sämmtlich von britischen Truppen behauptet, aber jenseits der Stadtgrenzen sind die betreffenden Districte für Reisende nicht sicher, und gewisse Theile derselben, in denen englische Truppen nicht vorhanden, sind zeitweilig vollständig in den Händen des Feindes. Der letztere recrutirt sich hauptsächlich aus Rebellen, deren Zahl unmöglich festzustellen ist." Hieran schließt der englische Gouverneur noch eine ganz besonders interessante Nachricht, die dahin lautet, daß „große Schaaren von Rebellen sich gelegentlich auf deutschem Territorium concentriren und für die weitere Fortsetzung des Krieges vorbereiten. Es wird berichtet, daß viele Rebellen mit ihren Familien in das deutsche Gebiet übertreten und überhaupt keine Schwierigkeiten finden, die deutsche Grenze nach Belieben westwärts und nachher wieder ostwärts zu überschreiten. Es scheint, daß mit dem besten Willen in der Welt es für die deutschen Behörden einfach unmöglich ist, mit ihren geringen verfügbaren Streitkräften diese Bewegungen der Rebellen zu verhindern und die letzteren davon abzuhalten, daß sie das deutsche Territorium als Zufluchtsort und zur Reorganisation ihrer Commandos nach Belieben benutzen."

Eine andere interessante Neuigkeit, die lange genug von der englischen Regierung ängstlich verheimlicht wurde, ist die, daß „die Boeren seit Beginn des Krieges durch mindestens 11 000 Capholländer verstärkt worden sind." Diese Schätzung ist aber sogar noch unvollständig, denn der Gouverneur constatirt ausdrücklich, daß ihm für dieselbe noch die Rapporte aus sieben Districten fehlen, so daß also die genannte Zahl höchstwahrscheinlich ohne Uebertreibung sich auf 15 000 erhöhen würde. Alles in Allem ist also die Lage in der Capcolonie so ernst und so gefährlich für die Engländer, als sie nur gedacht werden kann, und seit der durch nichts gerechtfertigten Hinrichtung des Commandanten Scheepers, einen militärischen Justizmord der gemeinsten Art, wird die ganze Situation sich für die Briten allmählich geradezu desperat gestalten. Und dabei bekommt man in London von officieller Seite fortwährend zu hören, daß „Boeren und Rebellen in der Capcolonie immer mehr zu Paaren getrieben und unschädlich gemacht werden".

* **London**, 25. Januar. Eine Hongkongdrahtung der „Daily News" besagt, daß dort private Meldungen eingegangen seien, nach denen die Macht der Boeren in der Capcolonie täglich zunehme und die Rebellion um sich greife. Die Hinrichtung Lotter und Scheeper haben veranlaßt, daß Colonisten, die bisdahin loyal waren, sich den Boeren in großer Anzahl anschließen. Die britischen Truppen hätten zwischen September und November 12 Niederlagen erlitten, die Lord Kitchener's Depeschen unerwähnt gelassen haben. (Voss. Ztg.)

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 25. Januar. Das Anarchistenorgan „Neue Zeit" veröffentlicht in seiner letzten Nummer allerhand Angaben über die im Sommer 1900 in Leutzsch erfolgte Verhaftung von ca. 15 Berliner Anarchisten, die sich angeblich auf einer Vergnügungstour nach Leipzig befunden hatten. Unter diesen Angaben befindet sich auch die folgende über die Vorführung und Untersuchung der Verhafteten auf dem Polizeibureau:

„Angekommen auf dem Amte, sollten wir uns legitimiren und einer Leibesvisitation unterwerfen. Das Erstere thaten wir, gegen die Visitation erhoben wir energischen Protest. Die Polizisten wollten nun die Kleider gewaltsamen durchsuchen, aber schon der erste, bei dem diese Procedur versucht werden sollte, widersetzte sich dem, wurde in Haft behalten und später verurtheilt. Dieser Widerstand hatte jedoch zur Folge, daß man uns anderen, wir waren gegen fünfzehn Mann, keiner Leibesvisitation unterzog. Wir sollten unsere Sachen, die wir bei uns hatten, auslegen. Das thaten wir, und diese Gegenstände wurden nun auf ihre Gefährlichkeit hin geprüft. Hier bewahrheitete sich das Wort „Wir Sachsen sein kemletliche Leite" geradezu glänzend. Die Beamten nahmen uns blos gedruckte Schriften ab, die Briefe, die der Eine oder Andere bei sich hatte, wurden nicht einmal nachgesehen, wenn der Betreffende erklärte, das seien Privatbriefe. Ist das nicht nett? So angenehm es uns war, daß wir unsere Briefe und sonstigen schriftlichen Papiere ungesehen und ungelesen zurückbekamen....."

Auf Anfrage an zuständiger Stelle erfahren wir, daß diese ganze Darstellung auf Erfindung beruht. Jedenfalls haben die damals verhafteten Anarchisten das Bedürfniß empfunden, den Genossen die Sorge um die Auffindung compromittirender Schriftstücke zu nehmen. Das Mittel aber, das sie zu diesem Zwecke anwenden, ist zu plump gewählt, um auch nur den naivsten Genossen irre zu führen. Selbst dieser wird einsehen, daß die Polizei, die so schlau war, die Herren zu überraschen, auch klug genug war, deren Papiere sehr genau zu untersuchen.

* **Berlin**, 25. Januar. (Ein Ausblick auf die preußischen Landtagswahlen.) Bei der Landtagsersatzwahl in Soran-Guben-Forst haben sich die Forster Socialdemokraten an der Wahlmänner-Wahl betheiligt. Obgleich keine große Anzahl Wahlmänner nachzuwählen war, hat es die Forster Socialdemokratie in der dritten Classe auf neun Wahlmännermandate gebracht. An der Wahl des Landtagsabgeordneten selbst betheiligten sich diese neun socialdemokratischen Wahlmänner nicht, weil sie es gegenwärtig nicht für politisch bedeutungsvoll hielten, ob der freiconservative oder der nationalliberale Candidat gewählt würde. Wie gemeldet, erlangte der freiconservative Bewerber mit 340 Stimmen den Sieg über den nationalliberalen, auf den 321 Stimmen sich vereinigten. Bei diesem Stimmenverhältniß ist es klar, daß die 9 socialdemokratischen Stimmen leicht ein Gewicht erhalten konnten, das in umgekehrtem Verhältniß zu ihrer geringen Anzahl stand. Aber nicht dies ist das Wesentlichste bei der Betheiligung der Forster Socialdemokratie an einer preußischen Landtagswahl, sondern die Parole, die im Anschluß an das Forster Stimmenverhältniß vom „Vorwärts" ausgegeben wird. Das socialdemokratische Centralorgan ist der Ansicht, daß die allgemeine Betheiligung der Socialdemokratie an den preußischen Landtagswahlen in einer Reihe von Wahlkreisen ähnliche Situationen schaffen und daß die socialdemokratische Partei alsdann den Candidaten und den Parteien ihre Bedingungen stellen werde. In der Hoffnung, die socialdemokratische Wahlbetheiligung müsse vielfach Situationen schaffen, welche die Entscheidung in socialdemokratische Hände legen, schreibt der „Vorwärts": „Daß die dann in möglichst vortheilhafter Weise für unsere Partei ausgenützt wird, dafür ist gesorgt durch die Bestimmung, daß für ganz Preußen der Parteivorstand als Wahlcomité fungirt, von dessen Entscheidung es abhängen wird, was unsere Wahlmänner thun." — Mag die Hoffnung des „Vorwärts" auf recht viele Gelegenheiten, bei preußischen Landtagswahlen socialdemokratische Wahlmänner als ausschlaggebend auftreten zu sehen, auch etwas überspannt sein: so viel ist sicher, daß derartige Gelegenheiten in manchen Wahlkreisen zweifellos sich bieten werden. Dem Verlangen der socialdemokratischen Partei nach unverhältnißmäßig großer Ausnutzung ihrer Position in solchen Fällen dürfte einerseits die Stellung des Parteivorstandes als Centralwahlcomité für ganz Preußen, andererseits die Bereitwilligkeit der freisinnigen Volkspartei und des Centrums, mit der Socialdemokratie Wahlgeschäfte zu machen, zu Gute kommen. Welche Rückwirkung hieraus auf die mit der Socialdemokratie nicht paktirenden Parteien sowohl untereinander als auch gegenüber Centrum und Freisinn sich ergeben wird —, dies zu beobachten wird lehrreich genug sein.

+ **Berlin**, 25. Januar. (Socialistische „Erfolge".) Der „Vorwärts" triumphirt über das Ergebniß der Reichstagsersatzwahl in Bückeburg, die er als eine „schwere Niederlage der Brotwucherer" bezeichnet. Er weist darauf hin, daß die Socialdemokraten bei der letzten Wahl 591 Stimmen, diesmal aber mehr als 1600 erhalten, also ihre Zahl verdreifacht hätten, und er fügt dieser angeblichen Thatsache hinzu: „Das endgiltige Resultat mag die Ziffern unwesentlich corrigiren, an der Thatsache, daß der Brotwuchertarif selbst in ländlichen Wahlkreisen die Socialdemokratie mächtig fördert, wird nichts mehr geändert." Die Zusammenstellung des socialdemokratischen Blattes ist richtig und trotzdem unglaublich verlogen. Denn wenn der „Vorwärts" die gegenwärtige Stimmenziffer der Socialdemokratie mit derjenigen der Nachwahl vom November 1898 vergleicht, so ist dies nichts als ein auf den unwissenden Leser berechnetes Taschenspielerkunststückchen. Der „Vorwärts" weiß recht gut, daß die Socialdemokratie bei jener Nachwahl sich nicht ernstlich gerührt hat, denn sonst würde sie wohl in der kurzen Zeit zwischen dem 17. Juni 1898 und dem 14. November desselben Jahres, also in noch nicht 5 Monaten, nicht mehr als die Hälfte ihrer Stimmen verloren haben. Am 17. Juni 1898 wurden nämlich 1237 socialistische Stimmen abgegeben und wenn die Socialdemokraten 5 Monate später sich massenhaft der Wahl enthielten, so geschah es in der richtigen Erwägung, daß in dieser kurzen Zeit ja doch eine erhebliche Stimmenverschiebung nicht stattgefunden haben könnte. Diesmal, mehr als drei Jahre später, lohnte sich die Kraftprobe schon eher. Der 14. November 1898 kann also absolut nicht zum Vergleich herbeigezogen werden, sondern nur der 17. Juni. Danach aber hat sich die socialdemokratische Stimmenziffer nicht verdreifacht, sondern sie hat nur um ¼ zugenommen. Geht man aber noch weiter zurück, so ist der Erfolg noch geringfügiger. Im Jahre 1893 nämlich erhielt die Socialdemokratie in dem Wahlkreise über 1300 Stimmen. Demgemäß hat sie in neun Jahren nur um 300 Stimmen zugenommen, was sich im großen Ganzen etwa mit dem Verhältnisse der Bevölkerungsvermehrung decken dürfte. Danach gehört doch wohl einige Verblendung dazu, zu behaupten, dieses Wahlresultat sei ein Beweis dafür, daß der „Brotwuchertarif" selbst in ländlichen Wahlkreisen die Socialdemokratie mächtig fördere.

* **Berlin**, 25. Januar. In dem Streit über den Religionsunterricht in der Muttersprache, so schreibt man der „Tägl. Rdsch.", ist ein bedeutsames Moment bis jetzt fast völlig unbeachtet geblieben. Niemand hat weniger Achtung vor der Volkssprache gezeigt, als die officielle katholische Kirche, deren getreue Söhne heute so gefühlvoll über das Gebet der polnischen Kinder in der Muttersprache reden. Um ihren universalen römischen Charakter in nachdrücklicher Weise zu offenbaren und wohl auch, um dem ungebildeten Volke die hohe Würde und Weisheit der Priester deutlich zu Gemüthe zu führen, hat sie der lateinischen Sprache in dem Gottesdienste den Ehrenplatz eingeräumt. Es bleibt ein besonderes Verdienst Luther's, daß er der deutschen Muttersprache im gottesdienstlichen Leben wieder zu ihrem natürlichen und ausschließlichen Rechte verholfen hat. Bis auf den heutigen Tag nimmt in dem liturgischen Theile des katholischen Gottesdienstes wie bei allen besonderen kirchlichen Handlungen die lateinische Sprache eine beherrschende Stellung ein. Die große Masse des Volkes ahnt wohl dunkel, was da gesagt wird, aber von einem genauen Verständniß und einer anregenden, herzstärkenden und erbaulichen Wirkung des Gesagten kann keine Rede sein, so daß Tausende mit dem biedern westfälischen Bauern sprechen können, der unbefriedigt von einer katholischen Beerdigung heimkehrte: Ick passe, me kann der nicks van verstehn!

⊙ **Berlin**, 25. Januar. (Telegramm.) Der Kaiser traf heute Morgen um 7 Uhr 40 Minuten von Hannover hier wieder ein und begab sich nach dem königlichen Schloß. Später unternahm der Kaiser eine Ausfahrt und einen Spaziergang im Thiergarten, hatte eine Besprechung mit dem Reichskanzler Grafen v. Bülow in dessen Palais und nahm, ins Schloß zurückgekehrt, die Marine-Vorträge entgegen. Mittags besuchte der Kaiser das Kunstgewerbemuseum.

SLUB
Wir führen Wissen.